

Günther Pallaver

Die Amtszeit von Silvio Berlusconi (2001-2006) und ihre Bedeutung für die deutsch-italienischen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung der italienischen EU-Ratspräsidentschaft (2003)

Die These von der schleichenden Entfremdung zwischen Deutschland und Italien kann am Beispiel der Beziehungen zwischen den beiden Ländern während der Regierung Berlusconi 2001-2006, vor allem aber während der italienischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2003 paradigmatisch aufgearbeitet werden.

Dieser These vorgelagert belegen zwei Ereignisse, welche Vorurteile in Italien gegenüber den Deutschen nach wie vor herrschen. Der verbale Ausreißer des Ratspräsidenten Silvio Berlusconi gegen Martin Schulz, Fraktionschef der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, weist auf das intellektuelle Vorurteil hin, wonach die Deutschen nach wie vor vorschnell und pauschal mit dem Nationalsozialismus identifiziert werden. Der Ausreißer des Lega-Staatssekretärs Stefano Stefani belegt hingegen das populistische, Stammtisch geprägte Vorurteil gegenüber dem angeblichen kulturellen Habitus der Deutschen. Umgekehrt werden die Deutschen über die massenmediale Berichterstattung in ihren Vorurteilen von Revolver und Spaghetti (Der Spiegel) seit dem politischen Engagement Berlusconis wieder kräftig bestätigt.

Allein, diese zum Teil überzeichnete und verzerrte Beschreibung des jeweils anderen muss noch lange nicht eine Beeinträchtigung der gegenseitigen Beziehungen bedeuten, hat aber Auswirkungen auf die jeweilige Einschätzung des anderen. Eine Folge dieser geänderten Wahrnehmungsmustern scheint sich auf der Ebene der BürgerInnen zu verdichten, indem wieder verstärkt eine seit jeher bestehende Differenzierung zwischen politischer Realität und kulturellem Alltag aufgetan wird.

Den BürgerInnen stehen die politisch-kulturellen Eliten gegenüber. Auf diplomatischer Ebene wurden die beiden oben angeführten Ausreißer im Sinne der politischen „doppiezza“ schon bald wieder ad acta gelegt, aber das mühsam aufgebaute Kapital Italiens, nämlich als politischer Akteur ernst genommen zu werden, ist in diesem Zusammenhang wieder stark abgebaut worden.

Die These, wonach Deutschland und Italien in der Vergangenheit in allen europäischen und wichtigen internationalen Organisationen das gleiche politische Gewicht gehabt haben, ist in der Zwischenzeit einer politischen Asymmetrie zu Ungunsten Italiens gewichen. Dies zeigt sich auf Nebenschauplätzen wie bei den Reformvorschlägen der UNO und des Sicherheitsrates, vor allem aber in den transatlantischen Beziehungen. Der Bruch zwischen Deutschland und Italien im Rahmen des Bruches der EU-Mitgliedsländer in den Beziehungen zu den USA im Rahmen des Iraq-Einsatzes steht hier beispielhaft.

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang, wie Berlusconi bemüht war, durch seine Gefolgstreue zu den USA diese Asymmetrie wieder auszugleichen,

um sehr bald feststellen zu müssen, dass innerhalb der Europäischen Union keine „transforming leadership“, sondern lediglich eine „transactional leadership“ möglich ist. Zu dieser unausgesprochenen Einsicht Italiens hat auch die Bundesrepublik Deutschland beigetragen.

Günther Pallaver aus Bozen ist ao.Universitätsprofessor am Institut für Politikwissenschaft in Innsbruck. Seit 2004 Fakultätsstudienleiter der Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie. Nach Studien der Rechtswissenschaften (Dr. jur), Geschichte und Politikwissenschaft (Dr. phil) in Innsbruck, Salzburg, Wien, Verona und London legte er 1991 in Rom die staatliche Journalistenprüfung ab und arbeitete bis 1995 als Journalist. 1996 gründete er das Institut für Medienanalyse MediaWatch (Innsbruck). Seit 1995 ist er an der Universität Innsbruck, wo er sich 2001 habilitierte. Gastprofessuren an den Universitäten Trient und Bozen. Er ist Italienexperte und beschäftigt sich u.a. mit politischer Kommunikation, ethnoregionalen Parteien, Föderalismus und mit dem Vergleich politischer Systeme.

<http://www.uibk.ac.at/politikwissenschaft/mitarbeiterinnen/pallaver/index.html>.d
e